



## **„Münster, eine ausgezeichnete Stadt auf Wachstumskurs“**

**H.-Dieter Sellenriek  
Vorsitzender der CDU-Fraktion  
im Rat der Stadt Münster**

**zum Haushaltsplan 2012,  
Finanzplan und Investitionsprogramm  
für die Jahre 2011 – 2015**

**Sitzung des Rates am 14. Dezember 2011**

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Münster  
Fraktionsgeschäftsstelle  
Mauritzstraße 7-8 · 48143 Münster  
Telefon (0251) 4 18 43-0 · Telefax (0251) 4 31 36  
e-mail [fraktion@cdu-ms.de](mailto:fraktion@cdu-ms.de) · <http://www.cdu-ms.de>

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

griechische Verhältnisse, ein Begriff der zu einem geflügelten Wort geworden ist und für chaotische Finanzverhältnisse steht, haben wir auch auf Länder- und kommunaler Ebene. Mehr als die Hälfte der Kommunen in Nordrhein-Westfalen konnten in 2010 ihren Haushalt nicht ausgleichen, 138 Kommunen befinden sich derzeit dauerhaft im Nothaushaltsrecht, 35 von ihnen sind überschuldet oder werden innerhalb der nächsten zwei Jahre überschuldet sein. Die Summe der Kassenkredite beläuft sich mittlerweile auf sagenhafte 20 Milliarden Euro. Mit der WL-Bank verwehrt ein erster großer Kreditgeber Kommunen weitere Darlehen. Angesichts griechischer Verhältnisse auch in NRW-Kommunen ist daher positiv zu vermerken, dass wir auch in diesem Jahr, getragen von einer breiten Mehrheit hier im Rat, einen ausgeglichenen Haushalt verabschieden können. Bei einem Gewerbesteueraufkommen von fast 300 Mio. müssen wir uns allerdings kritisch, durchaus auch selbstkritisch, die Frage gefallen lassen, wieso sind wir angesichts sprudelnder Steuerquellen nicht in der Lage, die Schrittgeschwindigkeit Richtung Entschuldung deutlich zu erhöhen.

Wir haben nach heftigen Diskussionen im vergangenen Jahr ein Konzept zur Haushaltskonsolidierung beschlossen, das aus fünf Säulen bestand, die einen Gleichklang erzeugen sollten zwischen Kosteneinsparungen auf der einen Seite und Steuerbelastungen und damit Mehreinnahmen auf der anderen Seite. Dieser Gleichklang ist nach meiner Wahrnehmung verfehlt worden. Während die Steuererhöhungen sofort und nachhaltig mit einer spürbaren Belastung für Bürger und Wirtschaft gegriffen haben, ist auf der Einsparungsseite des Fünf-Säulen-Konzeptes offensichtlich Sand ins Getriebe geraten. Dies gilt namentlich für die von uns angestrebte und von der Verwaltung insoweit auch vorgeschlagene Reduzierung der Personalkosten. Das geplante Einsparziel wurde bislang verfehlt. Sicherlich blenden wir dabei nicht aus, dass es aufgrund externer Vorgaben, ich nenne hier nur die Stichworte Jobcenter, U-3-Betreuung und Feuerwehr, zu deutlichen Personalmehrungen gekommen ist, die allerdings auch teilweise gegenfinanziert sind. Trotzdem muss die Frage erlaubt sein, wieso eine Stellenreduzierung per saldo nicht dauerhaft möglich ist, wir vielmehr wieder fast am Ausgangspunkt des Beginns der Konsolidierungsmaßnahmen des Jahres 2001 angelangt sind.

Soweit hierzu im Bericht der Verwaltung vom September 2011 ausgeführt ist, die Situation sei verschärft durch den Umstand, dass der weitaus größere Anteil an dem Sparvolumen nicht mit aufgabenkritischen Entscheidungen hinterlegt ist, hier erneut der deutliche Hinweis, dass wir uns dieser Aufgabenkritik stellen wollen und stellen werden. Wir werden auch weiterhin alle Maßnahmen konstruktiv begleiten, die dazu führen, einen nachhaltigen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu leisten. Unser ausdrückliches und erklärtes Ziel ist und bleibt es, im Sinne eines generationengerechten Haushalts, die Einnahmen und Ausgaben dauerhaft ins Lot zu

bringen und den Abbau der Verschuldung nicht zukünftigen Generationen zu überlassen, sie vielmehr jetzt selbst anzugehen und zügig voranzutreiben. Bei anhaltend hohem Steueraufkommen sollte das im Vorbericht angesprochene Ziel eines strukturell ausgeglichenen Haushalts ab dem Jahre 2020 unser Minimalziel sein. Denn nur wenn wir uns die finanzielle Handlungsfreiheit erhalten, sind wir in der Lage, auch die Zukunft zu gestalten.

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, ausgehend von dem Grundsatz, dass die Haushaltskonsolidierung oberste Priorität hat, haben wir, orientiert an den seit Jahren formulierten Leitlinien unserer Stadtpolitik, den eingebrachten Haushalt im wesentlichen unverändert gelassen und Akzentverschiebungen in den von uns favorisierten Bereichen, Kinder, Jugend und Familie sowie Bildung vorgenommen.

Es ist eine Binsenweisheit, dass die Zukunft unsere Kinder sind. Deshalb müssen wir alles tun und die erforderlichen Rahmenbedingungen schaffen, damit sich Familien in unserer Stadt wohl fühlen und sich der erfreuliche Trend der wachsenden Stadt durch den bemerkenswerten Anstieg bei den Geburten fortsetzt. Dass wir seit Jahren in Nordrhein-Westfalen den Spitzenplatz bei den Betreuungsangeboten für Kinder einnehmen, kann kein Grund sein, in unserem Bestreben, rechtzeitig die gesetzlich vorgeschriebene Betreuungsquote von 35 % zu erreichen und von dort aus den bedarfsgerechten Ausbau weiter zu treiben, nachzulassen.

Ein erster großer Schritt ist mit der Bereitstellung von 11,2 Mio., zuzüglich 7,2 Mio. an freie Träger, für den Ausbau der Kinderbetreuung gemacht. In den nächsten Jahren werden dadurch rund 200 zusätzliche U-3-Plätze und 100 Ü-3-Plätze geschaffen, wodurch eine Versorgungsquote im U-3-Bereich von rd. 34 % erreicht wird. Dies reicht allerdings gerade auch vor dem Hintergrund der steigenden Geburtenzahlen nach unserer Überzeugung nicht aus. Wir gehen deshalb noch einen Schritt weiter und haben im Ratsantrag das Ziel formuliert, die Betreuungsquote auf 40 % auszubauen, wohl wissend, dass auch dies, jedenfalls perspektivisch, nicht ausreichen wird. Da wir vom Grundsatz her der Meinung sind, dass die elterliche Sorge und Erziehung durch nichts zu ersetzen ist, andererseits aber Eltern aufgrund veränderter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen auf Betreuungsmöglichkeiten angewiesen sind, müssen alle Planungen darauf ausgerichtet sein, allen Kindern, insbesondere aus bildungsfernen Familien, eine faire Chance zu bieten. Diese faire Chance liegt in Teilhabemöglichkeiten und guter Bildung, hier insbesondere der Förderung der Sprach- und Sozialkompetenz für alle von Anfang an.

Meine Damen und Herren, nachdem in den vergangenen Jahren der Fokus schwerpunktmäßig auf die Angebotserweiterung für Kinder gerichtet war, möchte die CDU verstärkt die Situation Jugendlicher und junger Erwachsener in den Blick nehmen. Die gestiegene Jugendarmut

in den vergangenen Jahren sollte uns alarmieren. Die CDU bringt daher heute einen weiteren Ratsantrag mit der Zielsetzung ein, zeitnah die Bedarfe für Jugendliche und junge Erwachsene zu ermitteln und auf der Grundlage dieses Berichtes einen Bedarfsplan zu erarbeiten. Das Vorhalten ausreichender präventiver und nachhaltiger Projekte kann einen Beitrag dazu leisten, Toleranz zu fördern und Kompetenzen zu stärken.

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, mit der SPD sind wir uns einig, dass trotz haushaltspolitischer Bedenken eine über den vorliegenden Haushaltsansatz hinausgehende Fördersumme in Höhe von 180.000 Euro für den Bereich Kinder, Jugendliche und Familien erforderlich ist, um, wie im Fachausschuss im einzelnen dargelegt, die notwendige Unterstützung für Zartbitter, den Kinder- und Jugendtreff TEO, INDRO, TRIALOG und die Erziehungsberatungsstellen leisten zu können. Damit bleiben wir deutlich hinter den vorliegenden Etatanträgen, halten allerdings diese Fördersumme angesichts des Gesamthaushaltsvolumens für vertretbar.

Einen weiteren Schwerpunkt unserer Politik stellt seit Jahren das Thema „Bildung“ dar. Zwar sind wir von dem Ziel, Bildungshauptstadt zu werden, noch einige Schritte entfernt, nach der Berichterstattung vom 27. November diesen Jahres zählt Münster jedoch wie schon bei der U-3-Betreuung, bei der Nordrhein-Westfalen im Bundesvergleich nur Mittelmaß ist, zu den positiven Ausnahmen. Dies sollte uns Ansporn und Verpflichtung zugleich sein, in unseren Anstrengungen, optimale Bildungsvoraussetzungen zu bieten, nicht nachzulassen. Zu guten Rahmenbedingungen gehören selbstverständlich zuvörderst optimale lernfördernde Bedingungen. Weil wir wissen, dass hier nicht unerheblicher Sanierungsbedarf besteht, haben wir, statt unmittelbar mit der millionenschweren Sanierung des Stadthauses I zu beginnen, Mittel für Schulsanierungsmaßnahmen vorgezogen. Hierdurch können u.a. dringende Maßnahmen am Schiller- und Ratsgymnasium durchgeführt werden und auch die Sanierung des Schulzentrums Wolbeck soll planmäßig laufen.

Ein weiterer schulpolitischer Schritt wird nach unserer Überzeugung durch die von allen Parteien getragene Schulentwicklungsplanung erfolgen. Wer hätte diese breite politische Unterstützung nach den Diskussionen, insbesondere in der vergangenen Wahlperiode, bei so kontroversen Themen wie Gesamtschule, Sekundarschule oder Schließung von Hauptschulen für möglich gehalten. Dass der Rat hier geschlossen für die Zukunft unserer Schulen eintritt, ist ein starkes Signal nach außen und in die Schullandschaft. Für uns als CDU war und ist dabei wichtig, dass eine Schulentwicklung orientiert an den Inhalten erfolgt. Das hohe pädagogische und inhaltliche Niveau unserer Schulen steht dabei für uns völlig außer Frage. Daher bedauern wir auch ausdrücklich, dass Hauptschulen geschlossen werden müssen. Doch dem Elternwillen, der sich in Anmeldezahlen widerspiegelt, können und wollen wir uns nicht ver-

schließen. Deshalb findet auch die städtische Gesamtschule am Standort Paul-Gerhardt-Realschule unsere uneingeschränkte Unterstützung. Über die Entwicklung in Roxel freuen wir uns besonders, weil dieses Beispiel zeigt, dass Schulentwicklung von unten gelingen kann, wenn alle Akteure frühzeitig und umfassend eingebunden werden. Dies war angesichts der zunächst kontraproduktiven Informationspolitik der Bezirksregierung keinesfalls selbstverständlich. Daher unser ausdrücklicher Dank sowohl an unsere Schuldezernentin als auch an alle Beteiligten der Schulen vor Ort. Denn nur mit der Errichtung der Sekundarschule lässt sich nach unserer Überzeugung dieser Schulstandort dauerhaft sichern. Mit der Projektschule als dritter Neuerung wollen wir als CDU allerdings zunächst eine Pause einlegen, um die Auswirkungen der neuen Schulen auf die münstersche Schullandschaft abzuwarten und weitere Planungen dann danach ausrichten zu können.

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, selbstverständlich sind auch die übrigen Politikfelder wichtig, insbesondere für das gesellschaftliche Zusammenwirken dieser Stadt. Im Kultur- und Sportbereich haben wir jedoch auch im Hinblick auf die Haushaltssituation keine nennenswerten Veränderungen vorgenommen. Wir freuen uns allerdings, dass es beim Thema „Südbad“ gelungen ist, auf der Basis unseres Ratsantrages vom 14. März 2011 zu einer privatwirtschaftlichen Lösung zu kommen. Wir sind allerdings auch zuversichtlich, dass es mit Hilfe eines privaten Investors gelingen wird, hier insbesondere für den Schul- und Vereinssport wieder eine Schwimmmöglichkeit zu eröffnen. Eine städtische Trägerschaft ist jedenfalls für uns angesichts unserer Haushaltslage undenkbar.

Im sozialen Bereich haben wir ebenfalls nur geringfügige Korrekturen vorgenommen, die aus unserer Sicht erforderlich waren, um die wichtige Arbeit von Trägern wie der Aidshilfe, Frauenhäuser, Telefonseelsorge, Beratung häuslicher Gewalt, KAI und Schuldnerberatung auch weiterhin uneingeschränkt sicherstellen zu können.

Wie bereits in meinen vorangegangenen Haushaltsreden möchte ich auch heute die besondere Bedeutung einer prosperierenden Wirtschaft für die Stadt, für den Standort Münster herausstellen. Ohne die rd. 300 Mio. Einnahmen aus der Gewerbesteuer, der zweithöchsten in den letzten 30 Jahren, wären wir längst Haushaltssicherungskommune. Daher muss es in unserem ureigenen Interesse liegen, dass die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft so optimal und verlässlich bleiben, dass sich auch weiterhin Wirtschaftsunternehmen in Münster ansiedeln bzw. am Standort verbleiben. Die erneute Auszeichnung in der vergangenen Woche als leistungsstärkste und wirtschaftskräftigste Stadt Deutschlands nach München und Stuttgart ist kein Selbstläufer. Im Gegenteil, wer glaubt, bevormundend durch kleinliche Flächen- und Nutzungsdiskussionen unternehmerische Entscheidungen in seinem Sinne beeinflussen und verändern zu können, der sollte gewaltig aufpassen, dass er nicht den Gewerbesteuer-Ast, auf

dem er sitzt, absägt. Um nicht falsch verstanden zu werden, ich rede nicht der grenzenlosen unternehmerischen Freiheit das Wort, aber wenn sich Unternehmer über Jahre in planerische Prozesse einbinden lassen und einbringen und auch gewünschte Anpassungen und Veränderungen vornehmen, dann muss auch unter dem Gesichtspunkt des Vertrauensschutzes irgendwann der Punkt erreicht sein, wo die Diskussion beendet und Entscheidungen getroffen werden.

Neben dem verlässlichen zeitlichen Ablauf von Planungs- und Entscheidungsprozessen ist eine leistungsstarke Infrastruktur und das Vorhalten ausreichender Gewerbe- und Industrieflächen Voraussetzung und Garant für einen starken Wirtschaftsstandort Münster. Wir freuen uns daher, dass der Planfeststellungsbeschluss für die B 51 endlich gefasst wurde. Aber auch örtliche wichtige Entlastungsstraßen, wie z.B. die Ortsumgehung Roxel, sind weiter zu entwickeln.

Außer Frage steht für uns die Bedeutung des FMO als wichtiger Standortfaktor für den Wirtschaftsstandort Münster. Wer daher in einer Situation, in der sich NABU und FMO bei dem wichtigen Thema „Startbahnverlängerung“ offensichtlich auf einen Kompromiss verständigt haben, den Ausbau des FMO bzw. die Beteiligung der Stadt, die ja ohnehin nur über die Stadtwerke erfolgt, in Frage stellt, gar hier die Wirtschaft in die Pflicht nehmen will, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Es kann jedenfalls nur fassungsloses Entsetzen auslösen, wenn völlig unnötig und zu einem Zeitpunkt, in dem sich Enschede als neuer Flughafenstandort in Reichweite des FMO in Position bringt, die Standortentwicklung in Frage gestellt und die Wirtschaft, die einen ganz entscheidenden Beitrag über die Gewerbesteuer leistet, auch hier zur Kasse gebeten werden soll. Das ist eine Politik, die wir nicht mittragen werden, im Gegenteil, hier werden wir energisch Widerstand leisten.

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, und selbstverständlich unterstützen wir auch den weiteren Ausbau Münsters als Wissenschaftsstandort. Dass das Nano-Bioanalytik-Zentrum Münster in diesen Tagen Richtfest feiern konnte, die Flächen im Wissenschaftspark mittlerweile fast vollständig einer Bebauung und Nutzung durch Wissenschaftsunternehmen zugeführt werden konnten, zeigt, wie vorausschauend unsere Politik der Entwicklung eines Wissenschafts- und Technologieparks in den 80er Jahren mit der bereits damals geplanten Anbindung an das Autobahnnetz über die Austermannstraße war.

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, trotz meiner eingangs kritischen Worte zur Personalentwicklung möchte ich an dieser Stelle erneut deutlich zum Ausdruck bringen, dass wir selbstverständlich um die Leistungsbereitschaft und die Motivation aller Mitarbeiter der Verwaltung bei der Erledigung der Aufgaben zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger die-

ser Stadt wissen. Dafür an dieser Stelle erneut ein ausdrückliches Dankeschön. Ein besonderer Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei, die auch in diesem Jahr die Haushaltsplanberatungen hervorragend vorbereitet und begleitet haben und ein ganz besonderes Dankeschön gilt unserer Kämmerin Helga Bickeböller, für die dies heute ihre letzten Haushaltsberatungen und zugleich die letzte Ratssitzung sind.

Liebe Helga, über viele Jahre hast Du mit hohem zeitlichen Einsatz und außergewöhnlichem Engagement den entscheidenden Beitrag dafür geleistet, dass wir trotz unruhiger Zeiten und mehrerer Sparprogramme immer wieder einen ausgeglichenen Haushalt verabschieden konnten. Dabei standst Du uns stets als verlässliche und geduldige Ansprechpartnerin zur Verfügung, auch wenn wir sicherlich mitunter mit der einen oder anderen Frage Deine Nerven strapaziert haben. Für Deinen hohen und unermüdlichen Einsatz für die Stadt Münster möchten wir uns heute ganz ausdrücklich bedanken. Wir wünschen Dir für Deinen Ruhestand, den Du Dir mehr als verdient hast, viele gesunde, stress- und sorgenfreie Jahre.

Ihnen allen darf ich eine besinnliche, ruhige und möglichst politikfreie Weihnachtszeit, ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr wünschen.